

---

# Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban

---

Thank you very much for downloading **Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban**. As you may know, people have look hundreds times for their favorite novels like this Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban, but end up in harmful downloads. Rather than enjoying a good book with a cup of coffee in the afternoon, instead they juggled with some malicious virus inside their laptop.

Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban is available in our book collection an online access to it is set as public so you can download it instantly. Our book servers saves in multiple locations, allowing you to get the most less latency time to download any of our books like this one. Merely said, the Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban is universally compatible with any devices to read

---

## *Handelsgesetzbuch Mit Gmbh Co Handelsklauseln Ban* 2022-09-04

---

### WELCH PRATT

---

*Die Bilanzierung des Goodwill im Konzernabschluss nach HGB und IFRS* Walter de Gruyter GmbH & Co KG

Die zweite Auflage berücksichtigt die zum 30. Dezember 2009 in Kraft getretene Anhebung der Haftungshöchstbeträge und kommentiert die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesgerichtshofs und der gesamten Instanzgerichte zum Montrealer Übereinkommen sowie zur Verordnung (EG) Nr 261/04 zur Nichtbeförderung, Annullierung und großen Verspätung von Fluggästen. In die Kommentierung wurde zudem die Rechtsprechung verschiedener Vertragsstaaten miteingearbeitet. Zugleich berücksichtigt die Kommentierung das neue Kollisionsrecht der Rom I- und Rom II-Verordnungen. Die Kommentierung ist auf dem Stand vom 20. Mai 2011.

*Third-Party Liability of Classification Societies* Erich Schmidt Verlag GmbH & Co KG

With the worldwide upsurge of lawsuits against classification societies, their liability towards third parties has become one of the most contentious issues in contemporary maritime law. Against this background, the authors analyze potential third-party claims and examine to what extent classification societies may limit their liability. The study highlights the development in Australian, English, French, New Zealand, U.S. and German law.

*Bankvertragsrecht 2* diplom.de

Die stille Gesellschaft ist gem. §§ 230-236 HGB als reine Innengesellschaft ausgestaltet, bei der sich eine Person als stiller Gesellschafter am Handelsgewerbe eines Dritten zur Förderung eines vertraglich vereinbarten gemeinsamen Zwecks in der Weise beteiligt, dass seine Einlage in die Verfügungsmacht des Geschäftsinhabers übergeht und der Stille dafür am Erfolg des Unternehmens partizipiert. In der betriebswirtschaftlichen Literatur hat dieses Rechtskonstrukt vor allem als hybride Finanzierungsform Beachtung gefunden, da typische Charakteristika von Eigen- und Fremdkapital kombiniert werden. Neben wirtschaftlichen oder bilanzpolitischen Zielen wird die stille Gesellschaft auch eingesetzt, um steuerlich effiziente Strukturen zu implementieren. Erfüllt die Rechtsstellung des stillen Gesellschafters den Typusbegriff des Mitunternehmers, erfolgt die Besteuerung gem. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG. Gleich der typisch stille Gesellschafter eher einem Darlehensgeber, bezieht er Einkünfte aus Kapitalvermögen i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 4 EStG. Über den reinen Inlandsfall hinaus stellt die stille Gesellschaft in ihren Ausprägungen als typisch und atypisch stille Gesellschaft ein mögliches Gestaltungsinstrument im grenzüberschreitenden Bereich dar. Indem die stille Gesellschaft hierbei wirtschaftlich eine Finanzierungsfunktion im Rechtskleid einer Personengesellschaft erfüllt, schlägt sie im internationalen Kontext die Brücke zwischen der Abgrenzungsproblematik von Eigen- und Fremdkapital auf der einen und den typischen Schwierigkeiten beim Einsatz grenzüberschreitender Mitunternehmerschaften auf der anderen Seite. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel der Arbeit, konkrete Ursachen für Qualifikationskonflikte und deren steuerliche Wirkungen am speziellen Beispiel der stillen Gesellschaft im nationalen und internationalen Kontext zu analysieren sowie mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen und kritisch zu würdigen.

*Handelsgesetzbuch* Walter de Gruyter

Diese Arbeit bietet wertvolle praktische Hilfe zur Vermeidung von Prospekthaftungsfällen im Vorfeld eines Börsengangs für Emittenten, Emmissionsbegleiter und deren Berater. Durch Wertpapierentwertungen geschädigte Anleger und deren Berater erhalten einen Leitfaden zur Verfolgung von Prospekthaftungsansprüchen. Nach über hundert Jahren ist das Börsengesetz von 1896 durch das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz mit Wirkung zum 1. April 1998 im Bereich der Börsenprospekthaftung umfassend geändert worden. Sowohl die alten als auch die neuen

Vorschriften über die Prospekthaftung im Wertpapierhandel werfen eine Vielzahl ungeklärter Rechtsfragen auf. Das Buch beinhaltet eine umfassende und prägnante Darstellung der gesetzlich geregelten Prospekthaftungen nach dem Börsengesetz und dem Verkaufsprospektgesetz. Änderungen durch das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz werden berücksichtigt. Daran schließt sich die Analyse der Konkurrenzproblematik im Verhältnis zu allgemeinen Haftungstatbeständen, insbesondere der deliktischen und bürgerlich-rechtlichen Prospekthaftung, an. Die Erläuterung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Börsenprospekthaftung erfolgt aus erster Hand. Der Autor ist Richter am Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Er war von 1996-1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei dem für Bank- und Börsenrecht zuständigen XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe.

**Umsatzbesteuerung beim Handel in der EU** Springer Science & Business Media

Die Darstellung der aktuellen Leasingbilanzierung erfolgt nach den nationalen sowie internationalen Rechnungslegungsvorschriften der IFRS. Neben den Voraussetzungen für einen Bilanzansatz wird dabei auf die Bewertung beim Leasinggeber und Leasingnehmer eingegangen. Anschließend werden die im Diskussionspapier geplanten Regelungen zur Leasingnehmerbilanzierung erläutert und kritisch gewürdigt. Die Darstellung basiert dabei auf dem Diskussionsstand, wie er sich aus dem Diskussionspapier von IASB und FASB vom 19. März 2009 ergibt. Die Leasingnehmerbilanzierung der aktuellen IFRS wird mit den im Diskussionspapier geplanten Regelungen verglichen. Außerdem werden die Regelungen des nationalen Handelsrechts denen des Diskussionspapiers gegenübergestellt. Anhand ausgewählter Beispiele wird dabei die für die Praxis relevante Überleitung der HGB-Bilanz in die künftige IFRS-Bilanz erläutert. Anschließend werden mögliche Konsequenzen aus den geplanten Neuerungen, insbesondere für die Leasingbranche, die Bilanzadressaten und die Leasingnehmer diskutiert. In einem Fazit werden die konzeptionellen Neuerungen nochmals zusammengefasst. Außerdem erfolgt ein Ausblick auf den weiteren Verlauf der Reform der Leasingbilanzierung – sowohl für Leasingnehmer als auch für Leasinggeber.

*Mitbestimmung bei der SE & Co. KG* Mohr Siebeck

Julia Späth präsentiert eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Deckungsrückstellung aus bilanztheoretischer Sicht. Für das deutsche Bilanzrecht analysiert sie, dass Deckungsrückstellungen nicht einheitlich zu interpretieren sind; in Abhängigkeit von der Produktkategorie der Lebensversicherungen stellen diese echte Verbindlichkeiten, Verbindlichkeitsrückstellungen oder passive Rechnungsabgrenzungsposten dar. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung der Autorin liegt auf der vergleichenden Darstellung und Diskussion der Ansatz-/Bewertungsvorschriften nach HGB, US-GAAP und dem Re-Exposure Draft des IASB.

*Die stille Gesellschaft im nationalen und internationalen Kontext* Springer-Verlag

The scope of this book is to present the cornerstones of a modern transportation law embedded in a modern logistics and supply chain environment. For this purpose, internationally leading experts write contributions on specific topics of transportation law. The authors compare different legal approaches and present conceptually convincing answers. In addition, they discuss unsolved issues in transportation law. In a first step, the challenges and chances regarding the transformation of the transportation market will be illustrated. Subsequently, several key topics such as the basic principles in transportation law, regulative frameworks form digital freight documents and a look towards a modern logistics will be covered. In conclusion, the insights for a reform in Swiss transportation law reform are identified.

*Deckungsrückstellungen bei Versicherungsunternehmen nach HGB und US-GAAP* Nomos Verlag

Foreign Direct Investment (FDI) from third countries—a desirable form of investment to boost the EU’s economy or a threat to important EU and Member State interests that must be mitigated via

FDI screening mechanisms? FDI screening is a complex, controversial and highly topical subject at the intersection of law, politics and economics. This book analyzes the political rationale behind FDI screening in the EU, reveals the legal limitations of current FDI screening mechanisms based on security and public order, and identifies legislative options for broader screening mechanisms in accordance with EU and international economic law. In particular, the book identifies the four main concerns in the EU regarding FDI from third countries: distortive competition effects; the lack of reciprocity on FDI treatment between the EU and the investor’s home country; objectives of the investor or their home country that may be detrimental to EU interests; and safety of private information. On this basis, the book analyzes the Screening Regulation (Regulation (EU) 2019/452) and its newly introduced screening ground “security or public order” and asks whether this and other similar screening grounds based on the notions of security, public order and public policy can address these concerns with regard to foreign investors. Based on an analysis of WTO law and EU primary law, it argues that they cannot. Thus, the question arises: Do the EU and Member States have the flexibility to adopt broader FDI screening mechanisms? To answer this question, the book examines the freedoms of capital movement and establishment in EU primary law, as well as various sources of international economic law such as, first and foremost, the WTO’s General Agreement on Trade in Services, but also other bi- and plurilateral trade and investment treaties, including the EU-China Comprehensive Agreement on Investment. In closing, the book identifies various legislative options for broader FDI screening mechanisms—and their shortcomings.

**Handelsgesetzbuch** Mohr Siebeck

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25.05.2009 reformierte das nationale Bilanzrecht in umfassender Weise. Sein Ziel war u. a. eine Annäherung an die internationalen Rechnungslegungsstandards. Auch die Konzernbilanzierung war Gegenstand der Reform und dabei insbesondere die Internationalisierung der Goodwillermittlung. Fast eineinhalb Jahre vor dem BilMoG waren bereits die überarbeiteten Standards IAS 27 und IFRS 3 veröffentlicht worden, die ihrerseits die Bilanzierung des Goodwill in IFRS-Abschlüssen erheblich veränderten. Angesichts dieser Entwicklungen machte es sich die Autorin zur Aufgabe, die nunmehr bestehenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der erstmaligen Erfassung des Goodwill im Konzernabschluss nach HGB und IFRS in einem kritischen Vergleich zu erarbeiten. Die Untersuchung erfolgt dabei anhand der Bilanzierungszwecke und Bilanzierungsgrundsätze als Fundamente und Bezugsrahmen des jeweiligen Rechnungslegungssystems. Sie hat die Zielsetzung, aus den gewonnenen Erkenntnissen Empfehlungen für eine Optimierung des nationalen Konzernbilanzrechts abzuleiten.

*Handelsgesetzbuch ( HGB). / Vertrags- und Formularbuch zum Handels-, Gesellschaft-, Bank- und Transportrecht. Buch und CD-ROM.* Erich Schmidt Verlag GmbH & Co KG

Die Arbeit befasst sich mit der Frage, auf welcher Grundlage und zu welchen Bedingungen die Bezüge des wirtschaftlich abhängigen und wirtschaftlich unabhängigen Fremdgeschäftsführers herabgesetzt werden können. Aufgrund der hohen Anwendungsschwelle der Geschäftsgrundlagenlehre und der Vagheit der organschaftlichen Treuepflicht obliegt die Herabsetzung der Vergütung der Gestaltung des Anstellungsvertrages. Die Abhängigkeit des Fremdgeschäftsführers bemisst sich vorrangig nach dessen Verdienst und wird ergänzt um dessen unternehmerisches Initiativ- und Entscheidungsrecht. Für den wirtschaftlich unabhängigen Fremdgeschäftsführer wird ein ergänzendes System der vertraglichen Flexibilisierung entworfen.

**Anbieterkonzentration auf dem Wirtschaftsprüfungsmarkt in Deutschland** Walter de Gruyter GmbH & Co KG

Die zumeist nationale Fragmentierung des Handelsrechts wird seit jeher als Hemmnis für den internationalen Handel verstanden. Neben staatlichen Bemühungen, Rechtseinheit durch volkerrechtliche Verträge zu erzeugen, haben sich auch private Akteure, wie beispielsweise die

Internationale Handelskammer in Paris, durch die Schaffung eigener nichtstaatlicher Regelwerke dem Ziel der Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts verschrieben. Die Einordnung solcher Regelwerke stellt die Rechtsquellenlehre vor Herausforderungen. Insa Stephanie Jarass arbeitet den Begriff des "privaten Einheitsrechts" als eigenständige dogmatische Kategorie heraus. Ausgehend von den Funktionsbedingungen privaten Einheitsrechts definiert sie dessen Tatbestand und Rechtsfolgen. Grundlage hierfür ist eine empirische Analyse der englischen und deutschen Rechtsprechung zu ausgewählten Regelwerken (Incoterms, Einheitliche Richtlinien und Gebrauche für Dokumentenakkreditive, beide herausgegeben von der Internationalen Handelskammer sowie die Grundregeln für Internationale Handelsverträge von UNIDROIT). Die Arbeit wurde mit der Otto-Hahn-Medaille 2017 der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet.

**Der statutarische Unternehmensgegenstand** Erich Schmidt Verlag GmbH & Co KG  
Der Leipziger Kommentar setzt auch in der 13. Auflage die Maßstäbe für die Wissenschaft zum materiellen Strafrecht. In 20 Bänden beleuchtet das hochkarätige Autorenteam das Strafgesetzbuch sowie das Völkerstrafgesetzbuch in allen Facetten und mit bemerkenswerter Tiefe; dabei bleibt keine Frage unbeantwortet. Auf der Suche nach umfassender Information und wegweisenden Kommentierungen wird man hier fündig. Von der Entstehungsgeschichte über Reformfragen, bis hin zu rechtsvergleichenden Darstellungen sowie unter Einschluss verwandter Rechtsgebiete wie der Kriminologie und des Völkerstrafrechts findet der Benutzer eine erschöpfende Darstellung und wissenschaftliche Aufbereitung der gesamten Materie. Der Großkommentar gibt den gegenwärtigen Erkenntnisstand in Rechtsprechung und Literatur vollständig wieder und zeigt Wege für die Lösung stark umstrittener rechtlicher Fragen auf. So bietet er Hilfe zur Lösung auch entlegener Probleme, die andere Werke kaum berücksichtigen. Band 18 enthält die Kommentierung der Tatbestände Vollrausch (§ 323a StGB), der Gefährdung einer Entziehungskur (§ 323b StGB) und der unterlassenen Hilfeleistung und Behinderung von hilfeleistenden Personen (§ 323c StGB) sowie der Umweltstraftaten (§§ 324-330d StGB).  
Leasingbilanzierung nach HGB und IFRS: Auswirkungen des Diskussionspapiers von IASB und FASB vom 19. März 2009 Nomos Verlag

Der Leipziger Kommentar setzt auch in der 13. Auflage die Maßstäbe für die Wissenschaft zum materiellen Strafrecht. In 20 Bänden beleuchtet das hochkarätige Autorenteam das Strafgesetzbuch sowie das Völkerstrafgesetzbuch in allen Facetten und mit bemerkenswerter Tiefe; dabei bleibt keine Frage unbeantwortet. Von der Entstehungsgeschichte über Reformfragen, bis hin zu rechtsvergleichenden Darstellungen sowie unter Einschluss verwandter Rechtsgebiete wie der Kriminologie und des Völkerstrafrechts findet der Benutzer eine erschöpfende Darstellung und wissenschaftliche Aufbereitung der gesamten Materie. Der Großkommentar gibt den gegenwärtigen Erkenntnisstand in Rechtsprechung und Literatur vollständig wieder und bietet Hilfe zur Lösung auch entlegener Probleme. Band 15 kommentiert die Vorschriften des Dreiundzwanzigsten Abschnitts des Besonderen Teils des StGB (§§ 267 bis 282 StGB), deren Gegenstand die Tatbestände der Urkundenfälschung sowie die Vorschriften des Vierundzwanzigsten Abschnitts zu den Insolvenzstraftaten (§§ 283 bis 283d StGB).

Die Firma der Auslandsgesellschaft Walter de Gruyter

Inhaltsangabe: Inhaltsverzeichnis: Inhaltsverzeichnis: ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS  
ABBILDUNGSVERZEICHNIS GLIEDERUNG 1. Einführung zum Thema 1.1 Problemstellung  
1.2 Beschränkung auf die amtlich-börsennotierte Aktiengesellschaft 1.3 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit 2. Grundlegende Betrachtungen 2.1 Begriffskennzeichnungen 2.1.1 Abgrenzung des Risikos von der Chance 2.1.2 Risiko-Management und Risiko-Managementsystem 2.2 Einordnung eines Risiko-Managementsystems in das bisherige aktienrechtliche Überwachungssystem

2.2.1 Grundgedanken zur Corporate Governance 2.2.2 Die Überwachungstätigkeit des Vorstands 2.2.2.1 Zuständigkeit für die Einrichtung eines Risiko-Managementsystems 2.2.2.2 Anmerkungen zum Konzern 2.2.3 Die Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats 2.2.3.1 Risiko-Managementsystem als Überwachungsgegenstand 2.2.3.2 Anmerkungen zum Konzern 2.2.4 Die Prüfungstätigkeit des Abschlußprüfers 2.2.4.1 Risiko-Managementsystem als Prüfungsgegenstand? 2.2.4.2 Berichterstattung über die Prüfung 2.2.4.3 Anmerkungen zum Konzern 3. Die Einrichtung eines Risiko-Managementsystems nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich 3.1 Die Regelung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich für die Einrichtung eines Risiko-Managementsystems 3.1.1 Darstellung der Regelung 3.1.2 Unbestimmtheit der Regelung 3.1.3 Akzeptanz der Regelung 3.1.4 Anmerkungen zum Konzern 3.2 Konzeption eines Risiko-Managementsystems 3.2.1 Grundlagen eines Risiko-Managementsystems 3.2.1.1 Vorbemerkung 3.2.1.2 Risiko-Landschaft und Risiko-Portefeuille 3.2.1.3 Unternehmenszielsetzung und Risiko-Bereitschaft 3.2.1.4 Unternehmensatmosphäre und Risiko-Bewußtsein 3.2.1.5 Notwendige Eigenschaften: Dynamik und Systematik 3.2.2 Frühwarnsystem 3.2.2.1 Unterschied zwischen Frühwarnsystem und Früherkennungssystem 3.2.2.2 Phasen eines Frühwarnsystems 3.2.2.2.1 Risiko-Identifikation 3.2.2.2.2 Risiko-Bewertung 3.2.2.2.3 Risiko-Bewältigung 3.2.3 Internes Überwachungssystem 3.2.4 Kreislauf eines Risiko-Managementsystems 3.2.5 Grenzen eines Risiko-Managementsystems 3.3 Organisatorische Umsetzung eines Risiko-Managementsystems 3.3.1 Einsetzung eines Risiko-Managementsystem-Ressortleiters 3.3.2 Einrichtung einer Risiko-Managementsystem-Zentrale 3.3.3 Erlaß von Risiko-Richtlinien 3.3.4 Einbindung der Internen Revision in das Interne Überwachungssystem 3.3.5 Einbindung des Controlling in das Interne Überwachungssystem 3.3.6 Institutionsübergreifende [...]

Grundlagen und Commercial Banking Walter de Gruyter GmbH & Co KG

Because the liability of ship owners is limited, classification societies have been considered as exempt from liability. This book analyses which actions of classification societies may give rise to claims and whether or not the societies can be held liable under English, German or American maritime law. In addition, it develops the fundamental aspects of an international convention on the limitation of the liability of classification societies.

§§ 323a-330d GRIN Verlag

Band 1/1 enthält die Einleitung und die Kommentierung der §§ 1-16; 104a und umfasst damit die Vorschriften zu Kaufleuten sowie diejenigen zum Handels- und Unternehmensregister.

*Organisations- und haftungsrechtliche Probleme der Einheits-GmbH & Co. KG und Lösungswege* BoD – Books on Demand

English summary: The conflict of law rules applicable to companies, partnerships and other business enterprises are currently in the process of reorientation due to numerous decisions handed down by the ECJ. Michael Lamsa examines which law should be applied to the formation, use and protection of the (registered) name of foreign business enterprises, focusing on the specifications of primary and secondary European Community law. He demonstrates that the overlaying application of substantive German corporate law principles to the name of a foreign business enterprise does not infringe on European Community law. German description: Das internationale Gesellschaftsrecht hat in Folge der Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit mit deren Entwicklung vom reinen Diskriminierungsverbot zum Beschränkungsverbot eine grundlegende Neuorientierung erfahren. Vor diesem Hintergrund erarbeitet Michael Lamsa für das internationale Firmenrecht ein konsistentes Anknüpfungsmodell für Bildung, Führung und Schutz der Firma von Auslandsgesellschaften. Dazu untersucht er das Firmenrecht im gemeinschaftsrechtlichen Regelungsgefüge unter besonderer Berücksichtigung der Vorgaben der Niederlassungsfreiheit und kennzeichenrechtlicher Regelungen des sekundären

Gemeinschaftsrechts. Auf dieser Grundlage schlägt der Autor eine kumulative Anknüpfung vor. Er weist nach, dass das von ihm vorgeschlagene Anknüpfungsmodell insbesondere durch die Anwendung inländischen (deutschen) Firmenrechts nicht zu einer ungerechtfertigten Beeinträchtigung der Niederlassungsfreiheit von Auslandsgesellschaften führt.

Handelsgesetzbuch : Grosskommentar Walter de Gruyter

Trotz einer sehr hohen Anzahl potenzieller Anbieter von Prüfungsleistungen dominieren die vier größten internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die Big Four, den deutschen Prüfungsmarkt. Dies gilt insb. für den Bereich der Pflichtprüfungen bei börsennotierten Unternehmen, in dem kumulierte Marktanteile von über 90% die Regel sind. Diese Situation ließ in den vergangenen Jahren auf nationaler wie auch europäischer Ebene die Befürchtung aufkommen, dass hohe Konzentrationsstände bei abnehmender Prüfungsqualität und gleichzeitig sinkendem Wettbewerb zu steigenden Preisen für Leistungen der Abschlussprüfer führen könnten. Die Zielsetzung der Arbeit ist die Evaluierung der Anbieterkonzentration auf dem deutschen Prüfungsmarkt. Die umfassende empirische Untersuchung der Jahre 1998 bis 2014 für die jährlich etwa 1.000 deutschen Aktiengesellschaften, die an einer deutschen Börse notiert sind, gewährt einen tiefen Einblick in die Struktur, die Wettbewerbssituation und die Entwicklung dieses Marktes. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der gegenwärtigen Marktstruktur und ihrer Entwicklung im Zeitverlauf die nach Börsensegmenten, Unternehmensgröße, Branchen sowie regionalen Aspekten differenzierten Analysen. Die quantitative Beschreibung des Konzentrationsprozesses wird ergänzt durch eine qualitative Auseinandersetzung mit dessen Erklärungsfaktoren. Die im Rahmen der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse deuten trotz insgesamt hoher Konzentrationsstände auf die Existenz eines funktionierenden Wettbewerbs hin. Bestätigt wird dies insb. durch die Ergebnisse aus der Untersuchung der Entwicklung des internen Wachstums bei den größten Prüfungsgesellschaften, die für eine hohe Wettbewerbsintensität sprechen.

Montrealer Übereinkommen Walter de Gruyter GmbH & Co KG

Der Deutsche Corporate Governance Kodex ist Gegenstand einer umfassenden Reformdiskussion. Vernachlässigt wird jedoch die Frage, wie sich die bei Familienunternehmen zunehmend beliebtere KGaA in der Entsprechenserklärung zu einem Kodex verhalten soll, der allein auf die Aktiengesellschaft zugeschnitten ist. Der Autor schließt diese Lücke und arbeitet heraus, dass sich die Erklärungspflicht nur auf solche Empfehlungen erstrecken kann, die auf die KGaA anwendbar sind. Hieran knüpft eine teleologische Untersuchung jeder einzelnen Empfehlung und deren Zusammenspiel mit der Organisationsverfassung der KGaA an. Einen Schwerpunkt nimmt die praxisrelevante Frage ein, was für die KGaA mit einer Kapitalgesellschaft als Komplementärin gilt. Vervollständigt wird das Bild durch eine Untersuchung der Erklärungspraxis und einen Regelungsvorschlag. Der RefE-ARUG II und der Kodextentwurf 2018 werden bereits berücksichtigt. Der Autor berät als Rechtsanwalt im Bereich M&A, Gesellschafts- und Aktienrecht.

**Corporate Governance der börsennotierten KGaA** Walter de Gruyter GmbH & Co KG  
Mit der Rechtsform SE & Co. KG ist es möglich, Mitbestimmung auf Unternehmensebene zu vermeiden und bestehende Mitbestimmung zu beenden. Die Arbeit untersucht, unter welchen Voraussetzungen bestehende Mitbestimmung (insbesondere bei Umstrukturierung einer GmbH & Co. KG in eine SE & Co. KG) auf die SE & Co. KG übertragen wird und wann die SE & Co. KG mitbestimmungsfrei bleibt. Aufgrund des Vorher-Nachher-Prinzips des SEBG ist hierbei wesentlich, auf welche Weise die Gesellschaft in eine SE & Co. KG umstrukturiert wird. Strukturelle Änderungen der SE können dazu führen, dass die Mitbestimmung auf Unternehmensebene neu auszuhandeln ist. In welchen Fällen die Pflicht zur Nachholung des Beteiligungsverfahrens besteht, wird herausgearbeitet.